

Wie Orbán und Erdoğan den Westen erpressen

Ungarn blockiert das Ölembargo, die Türkei stemmt sich gegen die Erweiterung der Nato mit Finnland und Schweden. Russlands Gegner wird die Einheit gegenüber Putin viel Geld kosten. Wie weiter mit Europas Autokraten?

Remo Hess, Brüssel

Je länger der Krieg in der Ukraine dauert, desto schwieriger wird es, die Einheit des Westens zu bewahren. Jetzt kommt es gleich an zwei Fronten zur Belastungsprobe: Das Ölembargo der EU lässt noch immer auf sich warten. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán blockiert in Brüssel wild entschlossen eine Einigung. Gleichzeitig hat in Ankara der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sein Veto gegen einen Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens angekündigt. Schafft es der Westen nicht, die beiden Regierungschefs einzufangen, droht eine riesige Blamage.

Was Erdoğan und Orbán eint, ist nicht nur ihr autoritärer Regierungsstil. Es ist vor allem auch ihre Schaukeldiplomatie zwischen dem Westen und Moskau. Erdoğan hat es sich in den vergangenen Jahren mit den Amerikanern verscherzt, als er das russische Flugabwehrsystem S-400 anschaffte. Die Lieferung des modernen F-35-Kampffjets hatte Washington daraufhin abgesagt.

Orbán seinerseits pflegt eine demonstrative Nähe zum russischen Präsidenten Wladimir Putin, während er unablässig gegen die Brüsseler «Bürokraten» Stimmung macht. Der Nato verbietet er seit Kriegsbeginn Waffen-

lieferungen über ungarisches Territorium, und im Wahlkampf verunglimpfte er den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski als «Schauspieler». Dass er keine Lust hat, das Ölembargo gegen Russland mitzutragen, stellte Orbán in den vergangenen beiden Wochen verschiedentlich klar. Er sprach von einer «Atombombe», die auf Ungarns Wirtschaft abgeworfen werde.

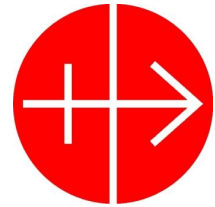
Was die Autokraten in Budapest und am Bosphorus eint

Klar ist: Es gibt auch sachliche Gründe für Ungarns Widerstand gegen das Ölembargo der EU. Das Land hängt wie kaum ein anderes an Putins Öl-Tropf. Als Land ohne Meerzugang kann Ungarn auch nicht ohne weiteres auf Lieferungen via Tankschiffe umstellen. Pipelines müssen neu verlegt und Raffinerien umgerüstet werden.

Die EU-Kommission will Ungarn deshalb bis Ende 2024 Zeit geben. Anders als Ländern wie der Slowakei oder Tschechien, die in einer ähnlichen Situation sind, genügt das Orbán nicht. Er fordert deutlich längere Übergangszeiten. Und vor allem soll die EU sich sein «Ja» teuer erkaufen. 15 bis 18 Milliarden Euro, nannte Ungarns Aussen-

minister Péter Szijjártó den Preis für die Umrüstung der ungarischen Infrastruktur und den Ausstieg aus dem russischen Öl. Das sind rund zehn Prozent der ungarischen Wirtschaftsleistung und mehr als das Doppelte des Betrags, der Ungarn aus dem derzeit wegen Korruptionsvorwürfen blockierten EU-Coronafonds zustünde.

Auch der türkische Staatschef Erdoğan weiss seine Karten auszuspielen. Schweden und Finnland seien ein «Gästehaus für Terrororganisationen», behauptet Erdoğan und meint damit die Anhänger der verbotenen PKK-Kurdenspartei oder seiner Erzfeinde von der Gülen-Bewegung. Auch kreidet Erdoğan Schweden und Finnland an, dass sie nach seiner Offensive in Nordsyrien ihre Waffenexporte an die Türkei eingeschränkt haben. Dass Erdoğan im Alleingang einen Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens verhindern wird, glaubt indes kaum jemand. Das finnische Parlament stimmte zuletzt mit überwältigender Mehrheit für eine Nato-Mitgliedschaft. Vielmehr versucht auch Erdoğan, den Preis in die Höhen zu treiben. Möglich ist, dass er von den USA die Lieferung von F-16-Kampffjets und von den Europäern ein Ende der Exportbeschränkungen durchsetzen will.

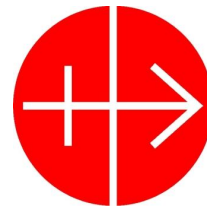


Auch eine neue Milliarden-Zahlung der EU für die Beherbergung der über drei Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei ist denkbar.

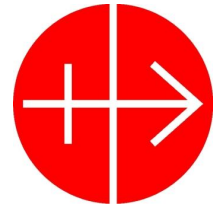
Will der Westen seine Einheit gegenüber Putin bewahren, muss er Orbán und Erdoğan wohl oder übel etwas anbieten. Die Zeit drängt und einen Gesichtsverlust will sich niemand leisten. Am Montag rief Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg dazu auf, die

Forderungen Erdogans ernst zu nehmen: «Die Türkei ist ein geschätzter Bündnispartner und alle Sicherheitsbedenken müssen angegangen werden.»

In der EU laufen die Verhandlungen mit Ungarn auf Hochtouren. Annalena Baerbock schätzt, dass eine Einigung «in den nächsten Tagen» möglich ist, so die deutsche Aussenministerin am Rande eines EU-Treffens am Montag.



An ihnen beissen sich Ukraine-Sympathisanten die Zähne aus: Viktor Orbán (l.) und Recep Tayyip Erdoğan. Bild: Ali Balkci/Getty (Ankara, 11.11.2021)



Waffen und Gebete

Der ukrainische Bischof Bohdan Dzyurakh äussert sich zu umstrittenen Aussagen von Papst Franziskus.

Interview: Kari Kälin

«Ich bin begeistert von diesem Ort», sagt Bohdan Dzyurakh, als wir ihn im Hof des Klosters Einsiedeln zum Interview treffen. Der ukrainische Bischof machte mit an einer Wallfahrt für den Frieden, die das katholische Hilfswerk «Kirche in Not» organisierte. Zum letzten Mal in der Ukraine weilte der Bischof im letzten November. Auf eine geplante Reise Anfang Februar verzichtete er, weil er befürchtete, wegen der unsicheren Situation nicht mehr an seine aktuelle Wirkungsstätte in Deutschland zurückkehren zu können.

Was erhoffen Sie sich von der Wallfahrt?

Bohdan Dzyurakh: Kriege machen die Menschen, aber der Friede kommt von Gott. In Einsiedeln beten wir für den Frieden. Zudem möchte ich im Namen unseres Volks danken für die Solidarität, welche die ukrainischen Geflüchteten in Europa und der Schweiz erfahren. Wir bitten um weitere Unterstützung auf verschiedener Ebene – sowohl von der Bevölkerung als auch den politischen Verantwortungsträgern. Es ist wichtig, dass die politische Führung von Staaten auf der Seite der Opfer steht.

In unserer säkularen Welt erscheint es etwas naiv, wenn man glaubt, man könne den Krieg wegbeten.

Das ist es nicht. Das Gebet verbindet nicht nur auf spiritueller, sondern auch auf menschlicher Ebene. Es weckt Gefühle wie Mitleid, Solidarität, Verbundenheit. Das ukrainische Volk erfährt sehr viel spontane Solidarität. Ich erkenne darin eine christliche Seele und evangelische Werte in Europa und in der Schweiz auch bei Menschen, die

sich als säkular bezeichnen. Eine positive Seite des Krieges ist, dass die Ukraine Europa vereinigt und die europäischen Werte zu neuem Leben erweckt hat. Auf einmal verstehen die Menschen, dass Wohlstand nicht das Mass aller Dinge ist, sondern Werte wie Würde, Freiheit und Gerechtigkeit zentral sind. Die Ukrainer sterben für diese Werte, die grundlegend sind für ganz Europa.

Die Frage nach Waffenlieferungen stürzt Gläubige in ein Dilemma. Wie positionieren Sie sich dazu?

Sich nicht auf einen Angriff vorzubereiten, wäre leichtsinnig. Privat schliessen wir auch die Haustür, damit wir nicht überfallen werden. Hätte die Ukraine schon früher den gleichen, auch militärischen Support wie jetzt erhalten, hätte es Putin höchstwahrscheinlich nicht gewagt, das Land zu überfallen. Unsere Bestrebungen zu einer Nato-Annäherung stellten und stellen keine Gefahr für Russland dar. Es ist umgekehrt. Wir suchten diese Kooperation wegen der Gefahr, die von Moskau ausgeht.

Papst Franziskus hegt Zweifel, ob Waffenlieferungen die richtige Antwort auf Putins Angriff sind.

Der vatikanische «Aussenminister» Paul Gallagher hat gesagt, die Ukraine habe das Recht, sich selber zu verteidigen, und dafür brauche sie Waffen. Auch ich finde es wichtig, die Ukraine in jeglicher Hinsicht zu unterstützen.

Anders als der Papst halten Sie also Waffenlieferungen zur Verteidigung des Landes für legitim?

Jedes Land hat das Recht, sich gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen.

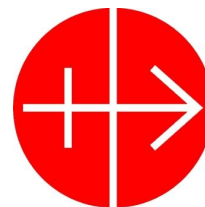
Die Waffen an die Ukraine dienen dazu, den Krieg zu stoppen. Leider haben unsere westlichen Partner nicht genug getan, um den Krieg zu verhindern. Sie hätten schon viel früher mit härteren Sanktionen gegen Russland vorgehen sollen.

Franziskus hat eine weitere umstrittene Aussage gemacht: Das «Bellen der Nato vor der Pforte Russlands» habe Putin vielleicht dazu veranlasst, den Krieg zu entfesseln. Was entgegnen Sie?

Dieses Narrativ wird von verschiedener, vor allem aber russischer Seite bedient. Die Nato hat meines Wissens je weder russische Soldaten noch russische Zivilisten getötet. Die echte Gefahr für den Kreml-Chef und dessen Komplizen ist eine andere: Dass das russische Volk den gleichen Drang nach Freiheit und einer demokratischen Gesellschaft verspürt wie die vielen Staaten des Ostblocks, inklusive Ukraine.

Hat der Westen naiv auf das Prinzip «Wandel durch Handel» gesetzt?

Ja. Irgendeinmal wird sich die Politik die Frage stellen müssen: Wer ist verantwortlich dafür, dass der Westen die russische Militärmaschinerie mit Milliarden für das Geschäft mit Öl und Gas alimentiert? Weshalb hat man sich nicht nach Alternativen umgesehen? Der Krieg gegen die Ukraine hat mich nicht erstaunt. Er kam nur für jene überraschend, die Putins Politik nicht verfolgt haben. Er hat einen brutalen Krieg gegen Tschetschenien geführt, Georgien angegriffen, die Krim annektiert und im Donbass die russischen Separatisten unterstützt. An der Münchner Sicherheitskonferenz 2007



hielt Putin eine Rede, in der er vor einer Nato-Erweiterung warnte. Viele Politiker waren schockiert über die aggressive Rhetorik, haben aber nicht reagiert. Der Westen hat selbst nach der Annexion der Krim keine überzeugenden Sanktionen ergriffen, die Putin wirklich schmerzten. Die Ukrainer zahlen dafür einen sehr hohen Preis. Erst jetzt beobachten wir grössere Entschlossenheit, die hoffentlich die erwünschten Resultate bringen wird.

Welchen Beitrag kann die Kirche für den Frieden leisten?

Erstens mit Beten, denn nur Gott kann die verhärteten Herzen des Aggressors aufweichen. Zweitens beten wir für die Standhaftigkeit der ukrainischen Verteidiger, die ihr Leben für die Freiheit und die Unabhängigkeit des Landes einsetzen. Wir müssen zudem nach vorne denken und die Perspektive der Versöhnung sehen. Wir müssen die Menschen vor Hass- und Rachegefühlen schützen, denn der Friede in Europa hängt im 21. Jahrhundert von der Versöhnung zwischen der Ukraine und Russland ab, wie es ein französischer orthodoxer Theologe formuliert hat. Als Kirche müssen wir die Menschen auf diesem Weg mit Empathie und Geduld begleiten.

Wie interpretieren Sie die Tatsache, dass Patriarch Kirill, das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Putins Krieg legitimiert?

Ich finde das unfassbar. Wenn ein Oberhaupt einer christlichen Kirche einen Angriffskrieg mit Verweis auf das Evangelium rechtfertigt, richtet er grossen Schaden für das Christentum an und missbraucht das Evangelium. Die Unterstützung Kirills reiht sich ein in eine jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen der Kirche und dem Staat in Russland. Anstatt dem Volk zu dienen, liess sich die russisch-orthodoxe Kirche

bereits unter stalinistischer und sowjetischer Herrschaft instrumentalisieren. Die russisch-orthodoxe Kirche hat es versäumt, sich von ihrer kommunistischen Vergangenheit zu distanzieren. Es ist sehr schade, dass die Kirche ihrer eigenen prophetischen Rolle nicht gerecht wird.

Bischof Bohdan Dzyurakh

Bischof Bohdan Dzyurakh (55) wurde im Februar 2021 von Papst Franziskus zum Statthalter des Oberhauptes der griechisch-katholischen Kirche von Deutschland und Skandinavien ernannt.



Von München aus betreut er rund 70 000 Gläubige der ukrainischen Diaspora. Die griechisch-katholische Kirche zählt weltweit rund 4,3 Millionen Gläubige. Mehr

als die Hälfte davon lebt in der Ukraine. Die griechisch-katholische Kirche ist mit der römisch-katholischen Kirche uniiert. Der Glaube ist katholisch, Liturgie und geistliche Praxis orientieren sich an der byzantinischen Tradition. (kä)